

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichstagsferien 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Götter 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., jährlich 30 Mk. (Postgebühren).  
**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**  
 Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichstagsferien 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Götter 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., jährlich 30 Mk. (Postgebühren).  
 Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weigen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharandt, Finanzamt Riesa.

Bezugspreis: bei Abnahme 20 Heftjahre, die 40 Heftjahre betragen, die amtlichen Bekanntmachungen 40 Heftjahre, die 40 Heftjahre betragen, die amtlichen Bekanntmachungen 40 Heftjahre, die 40 Heftjahre betragen.  
**Fernsprecher: Ami Wilsdruff Nr. 6**  
 Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weigen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharandt, Finanzamt Riesa.

Nr. 292. — 85. Jahrgang. Teleg.-Nr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Mittwoch, den 15. Dezember 1926

## Keine Krise vor Weihnachten.

Aber die innenpolitische Lage im Reich, wie sie sich augenblicklich darstellt, wird uns von einem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

In der Innenpolitik schlägt der See zwar noch heftige Wellen, aber der Sturm flaut ab, weil ebenso Genf wie die bevorstehende Weihnachtszeit ihre Wirkung tun. Aber die Annahme des Gesetzes gegen Schmutz und Schund regt man sich kaum noch auf, auch das Arbeitsgerichtsgesetz ist keine innenpolitische Gefahr mehr, so daß man sich in der Hauptsache jetzt theoretischen Auseinandersetzungen widmen kann, ohne dabei Gefahr zu laufen, politisches Porzellan zu zerbrechen. Eigentlich hatte ja die Sozialdemokratie mit einem Großangriff auf den Reichswehrminister Geisler gedroht und dieser Versuch wäre, da mindestens die kommunistische Unterstützung dabei erlangt werden konnte, durchaus nicht ohne Bedeutung gewesen; denn schließlich wäre es auch möglich gewesen, daß sich die Deutschnationalen der Stimme enthalten hätten, um den innenpolitischen Stillstand in Fluß zu bringen.

Es wird wohl also vorläufig alles in der Schwebe bleiben und das Zentrum dürfte seine Anstrengungen verdoppeln, um die Sozialdemokraten trotz ihres Verhaltens bei der Abstimmung über das Gesetz zum Schutze gegen Schmutz und Schund fester an die gegenwärtige Regierungskoalition zu binden. Die Behauptungen, daß der Reichskanzler Dr. Brüning die Zustimmung gegeben hätte, vor der Beratung bestimmter Gesetzesentwürfe mit ihnen zu verhandeln, nicht aber mit den Deutschnationalen, sind durch die Tatsachen widerlegt worden. Außerdem setzt die Sozialdemokratie ihre ständigen Angriffe auf den Reichswehrminister und die Zustände in der Reichswehr fort, erhält dabei von gewissen Kreisen der Demokratischen Partei Unterstützung, aber auch das Zentrum zeigt einen schwächer werdenden Widerstand, offenbar deswegen, weil die Sozialdemokratie es verstanden hat, diese Angelegenheit zum Drehpunkt ihres politischen Verhaltens zu machen. Eigentlich sollte ja die Entscheidung über die Widerstandsfähigkeit der jetzigen Regierung schon bei der dritten Beratung des Nachtragsstaats kommen, doch hat man schon ein Mittel gefunden, diese Stippe vorläufig zu umschiffen.

Auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird seine starke Stellung in dem Sinne ausnutzen, eine innenpolitische Krise in den nächsten Wochen möglichst zu verhindern, schon deswegen, um auch innenpolitisch das, was er in Genf erreicht hat, ausreifen zu lassen. Die deutsche Außenpolitik ist ihre Rückwirkungen nach Innen nur noch in sehr beschränktem Maße aus, so daß sich die Opposition damit begnügen wird, auf das noch nicht Erreichte und auf manche Bedenkenheiten des Erreichten hinzuweisen, ohne daß es aber dabei zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen kommen wird. In der Hauptsache kommen für die Auseinandersetzungen der Parteien überhaupt nur noch innenpolitische Erwägungen und Gegenstände in Frage, sehr viel weniger als früher die Verchiedenheit außenpolitischer Ziele und Wege. Allerdings pflegen diese innenpolitischen Gegenstände sich in schärferen Kämpfen abzuspielen als jene anderen.

Auch die Erhöhung der Zuckerversteuer sowie die Heraushebung des Preises für den Monopoltrinkbranntwein, die bei der Sozialdemokratie auf sehr erheblichen Widerstand stoßen, werden dem Reichstag vor Weihnachten nicht mehr neuen innenpolitischen Konfliktstoff geben, sondern ebenso in das neue Jahr hinein verschoben werden, wie das voraussichtlich auch mit dem Reichsbeschlußgesetz geschehen wird. Daß sich um diesen in der Bearbeitung fertigen Entwurf sehr erbitterte Kämpfe ergeben werden, ist auch dann ganz zweifellos, wenn in ihm der Versuch gemacht wird, durch eine möglichst weite und unbestimmte Fassung ihn auch für grundsätzlich im entgegengegesetzten Lager stehende Parteien annehmbar zu machen. Geht doch die kulturpolitische Scheidelinie mitten durch die gegenwärtige Regierungskoalition hindurch. Aber man wird sich hierüber schärfere Auseinandersetzungen vor Weihnachten ersparen, selbst in dem Falle, daß der Reichsinnenminister Dr. Brüning diesen innenpolitischen höchst kritischen Gesetzesentwurf in den nächsten Tagen überhaupt noch auf die Tagesordnung bringt.

## Vor einer Klärung der innenpolitischen Lage?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 15. Dezember. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Sozialdemokraten ihre Drohung, bei der dritten Lesung des Nachtragsstaats ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einzubringen, nicht verwirklichen werden. Eine endgültige Klärung hierüber wird erst die heutige Fraktionslesung der Sozialdemokraten bringen können. Die Regierungsparteien scheinen entschlossen zu sein, eine Erklärung des Inhaltes zu veröffentlichen, daß sie demnach, d. h. unmittelbar nach Weihnachten, bereit seien, eine Erweiterung der Regierungskoalition vorzunehmen. Ob es sich hierbei um eine Erweiterung der Ko-

## Der Friedensschritt des Papstes

Reichskanzler Michaelis vor dem Untersuchungsausschuß  
 Ein Brief des Kaisers aus Doorn.

Der vierte Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstages, der sich mit den Ursachen des Zusammenbruchs und der Erörterung der Friedensmöglichkeiten zu beschäftigen hat, hielt wieder eine öffentliche Sitzung ab, zu der Reichskanzler a. D. Michaelis als Zeuge geladen war. Das Interesse der Öffentlichkeit und der Reichstagesabgeordneten äußerte sich in starkem Besuch der Sitzung. Hinzugezogen waren auch die noch lebenden Mitglieder des ehemaligen Siebenerausschusses des Reichstages, der zur Redigierung der Antwortnote auf den päpstlichen Friedensvermittlungsversuch eingesetzt war. Ihm gehörten an Graf Westarp, Scheidemann, Dr. Wiemer, Dr. Strefemann, Ebert, Fehrenbach und Erzberger. Bekanntlich hat der Abg. Prof. Dr. Vredt, einer der Sachverständigen des Ausschusses, in einem von ihm abgegebenen Gutachten schwere Vorwürfe gegen den ehemaligen Reichskanzler Dr. Michaelis wegen der Behandlung der päpstlichen Friedensaktion vom Jahre 1917 erhoben. Die damaligen Ereignisse zu klären, war eine der Hauptaufgaben der Sitzung.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Philipp (Dm.), teilte mit, daß dem Zeugen Dr. Michaelis zwei Hauptfragen vorgelegt werden sollten:

1. Warum wurden der Reichstag bzw. der Siebenerausschuß oder einzelne Vertrauensmänner der Parteien von den Einwänden der Kurie gegen die Fassung der Antwort auf die Friedensnote des Papstes nicht in Kenntnis gesetzt?
2. Warum wurde dem Siebenerausschuß des Reichstages die Antwort an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917 nicht vorgelegt?

Der frühere

Reichskanzler Dr. Michaelis machte unter Eid u. a. folgende Aussagen: Es werde in dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Vredt behauptet, daß die Antwort an den Nuntius eine ganz andere Linie verfolgte als die offizielle Antwort an den Papst Dr. Vredt hat erklärt, in dieser Antwort läge eine ausdrückliche Ablehnung der Erklärung über Belgien, ein glattes Nein. Ich habe mich gefragt, wie es möglich ist, daß man eine Erklärung, die sagt, grundsätzlich widerprechen wir nicht, wir sind bloß heute noch nicht in der Lage, über die Bedingungen uns auszusprechen, und hoffen, in nächster Zeit dazu instande zu sein, wie man eine derartige Erklärung als eine ausdrückliche Ablehnung und ein unbedingtes glattes Nein anprechen kann, dafür habe ich keine Erklärung. Dr. Michaelis erklärt dann unter seinem Eid, daß es ihm und dem Staatssekretär Kühlmann fernzulegen habe, in dem Schreiben ein glattes Nein auszusprechen oder ausdrücklich eine Erklärung über Belgien abzulehnen. Auch der hinzugezogene Sachverständige Professor Reinecke hat erklärt, daß das Schreiben an den Nuntius falsch gedeutet sei. Nicht ein glattes Nein, sondern

ein bedingtes Ja wäre aus ihm herauszuhören. In dem Siebenerausschuß, der diese Frage nach allen Seiten hin erwogen hatte, wurde damals mit fünf gegen zwei Stimmen beschlossen, die Frage der Friedensregelung nur anzunehmen, daß man sich allgemein auf die Friedensresolution vom Juli 1917 bezog, in der stand, daß wir Amerikaner nicht machen wollten, daß man aber im übrigen darauf verzichten wollte, über Belgien zu sprechen. Wenn feststeht, daß in dem Brief an Nuntius Pacelli nicht eine andere Linie gezogen wurde wie in der Antwort an den Papst, dann lag nach unserer Meinung auch kein Grund vor, den Brief an den Nuntius dem Siebenerausschuß vorzulegen.

ation nach rechts oder links handelt, wird nicht gesagt werden. Die Wirtschaftspartei hat sich ja bereits gegen jede Beteiligung an einer Regierung ausgesprochen, in der die sozialdemokratische Partei vertreten sein wird. In Zentrumskreisen wird für den Fall des Ausscheidens der Deutschen Volkspartei der Plan erwogen, die Bayerische Volkspartei für eine Beteiligung an der Regierung auf der Grundlage der Weimarer Koalition zu interessieren. Den Widerstand der Bayerischen Volkspartei gegen die Beteiligung an der Weimarer Koalition scheint man dadurch überwinden zu wollen, daß man der Bayerischen Volkspartei das Reichsfinanzministerium anbieten will, durch dessen Übernahme die Bayerische Volkspartei in der Lage wäre, bei den endgültigen Verhandlungen über den Finanzausgleich auch den föderalistischen Gesichtspunkten mehr Rechnung zu tragen. Man hofft, daß Dr. Strefemann in diesem Falle das Außenministerium als Hochminister behalten könnte, da man besonders in demokratischen und Zentrumskreisen nicht glaubt, daß die Volkspartei im Hinblick auf die notwendige Kontinuität der Außenpolitik in eine unbedingte Opposition gegen eine solche Regierungsmehrheit treten würde. In Kreisen der Regierungsparteien glaubt man, daß man im Hinblick auf die noch gänzlich ungeklärte parlamentarische Lage die innenpolitische Aussprache bis zur ersten Lesung des neuen Etats für 1927, die Anfang Januar stattfinden soll, verschoben will, um den in Betracht kommenden Parteien die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über Weihnachten zu geben.

es ja weiten damals vertrauliche Verhandlungen, ob wirklich in England eine Friedensgeneigtheit vorhanden sei. Es zeigte sich aber, daß

die ausgestreckten Friedenshänder nicht verlosbar waren. Es bestand auf der anderen Seite keine ehrliche Absicht, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, und darum war es unbedingt erforderlich, daß wir die Karte in der Hand behielten.

Gegenüber der Behauptung, daß er sich nicht in Übereinstimmung mit dem Kaiser befunden habe, gibt Dr. Michaelis Kenntnis von einem Brief des Kaisers, den er im vorigen Monat erhalten habe, in welchem mitgeteilt wird, daß er (der Kaiser) die schwere Verantwortung sich nicht verheißt habe, die er vor seinem Volke trug, wenn er nach den unerbittlichen Leistungen von Meer und Marine den Besitz Belgiens ausgabe. Er habe jedoch sich den Gründen des Reichskanzlers Dr. Michaelis nicht vergewissert und im Rat der Aufgabe Belgiens zugestimmt. Selbstverständlich mußten an den endgültigen Verzicht auf Belgien Bedingungen geknüpft werden, die im Interesse des Friedens für die Zukunft unbedingt erforderlich waren. Der Brief an den Nuntius habe also in seiner Befassung durchaus in seiner (des Kaisers) Auffassung gelegen.

Reichskanzler Michaelis verwarf sich dann gegen den Vorwurf, daß er aus Sorge um seine Stellung den Frieden sabotiert habe. Wir wußten, so erklärt Dr. Michaelis weiter, daß die Antwortnote, wie sie entworfen war, den Widerspruch des Papstes und des Nuntius hervorbringen würde. Aber wir haben mit Rücksicht auf große Schwierigkeiten es nicht für nötig gehalten, sie dem Siebenerausschuß noch einmal zu geben. Wenn Sie meinen, daß das ein Fehler war, so war es Sache des Ausschusses, das zu rügen. Wir haben aber nach bestem Wissen und nach unseren Ansichten gehandelt. Damit war die Vernehmung beendet.

Au den Vortrag von Dr. Michaelis schloß sich eine lebhafteste Aussprache, in deren Verlauf es zu scharfen Zusammenstößen kommt. Von besonderem Interesse waren noch die Ausführungen Dr. Michaelis' auf eine Frage, ob er über die Nichtvorlage des Nuntiusbriefes und des Antwortschreibens an den Ausschuß mit seinem Staatssekretär Herrn v. Kühlmann, einig gewesen sei. Darauf antwortete Dr. Michaelis: Von diesem Brief wußten nur der Kaiser, Kühlmann, Helfferich und ich. Dem Kronrat haben wir nur gesagt, daß jetzt zum ersten Male eine Anregung von englischer Seite gekommen sei, und daß hier wirklich ein ehrlicher Wille zu Verhandlungen vorzuliegen scheine. Es ist auch gesagt worden, daß die Voraussetzung dazu unsere Stellung zu Belgien sei. Wir waren uns darüber klar, daß Belgien wieder die volle Souveränität bekommen müßte. Der Kaiser hatte das drücklich mit den Worten ausgedrückt: „Der König kann wieder kommen!“ Wir wollten keinen Teil Belgiens behalten, aber verhindern, daß Belgien wieder Seitensprünge machen könnte. Wir wollten, daß es wirtschaftlich abhängig von uns würde durch eine Gemeinschaft des deutschen und belgischen Kapitals. Auf die französische Küste wollten wir verzichten, aber wir wollten dafür von England Stützpunkte im Mittelmeer haben, auf Korfu oder in Salona. Der Ausschuß vertagte sich danach auf Mittwoch. Zu dieser Sitzung ist Staatssekretär Dr. Kühlmann geladen.

## Noch keine Einberufung der Botschafterkonferenz.

Paris, 14. Dezember. Nach Mitteilung von zuständiger französischer Seite sind die Gerüchte, die von einer Einberufung der Botschafterkonferenz wissen wollen, unrichtig. Ein neuer Termin ist noch nicht festgesetzt, da man vorerst die Rückkehr des General Paweloff aus Berlin abwarten will.

## Dr. Strefemann in Berlin.

Vortrag beim Reichspräsidenten.  
 Außenminister Dr. Strefemann ist mit der Genfer Delegation in Berlin eingetroffen. Gleich nach der Ankunft begab sich der Außenminister zum Reichspräsidenten v. Hindenburg, um ihm einen ausführlichen Bericht über die Genfer Verhandlungen zu erstatten. Da der Außenminister den Wunsch ausgesprochen hat, daß eine Beratung des Kabinetts über die Genfer Verhandlungen erst am Mittwoch vormittag stattfindet, und da die Genfer Verhandlungen doch in einem gewissen Zusammenhang zur gesamten innenpolitischen Lage stehen, hat der Reichskanzler für Mittwoch vormittag das Kabinett zur Beratung einberufen, in der alle schwebenden außenpolitischen und innenpolitischen Fragen erörtert werden sollen.

## Das deutsche Eigentum in Amerika.

Das Freigabegesetz im Repräsentantenhaus.  
 Im amerikanischen Repräsentantenhaus ist die Gesetzesvorlage über die Freigabe des beschlagnahmten Eigentums eingebracht worden. Die Gesetzesvorlage stellt die leitenden Grundgedanken fest, nämlich Unverletzlichkeit